

Initiativen fordern Pause für Raumordnungsverfahren

Vorstände bringen wieder direkte Weiterleitung des Stroms nach Süden unter der Erde ins Spiel

Oldenburger Münsterland (hek). Sieben Stromtrassen-Bürgerinitiativen aus den Landkreisen Cloppenburg und Osnabrück fordern ein Moratorium für das Raumordnungsverfahren, um dem Gesetzgeber Zeit zu verschaffen, das Bundesbedarfsplangesetz zu überarbeiten. Der heutige Planungsstand sei durch neue Erkenntnisse und technische Möglichkeiten bereits überholt.

„Obwohl die überwiegende Zahl der Bürger die Energiewende begrüßt, gibt es doch starke und berechtigte Zweifel an der Art und Weise, mit der in un-

serer Region der Netzausbau vorangetrieben wird. Denn es gibt sehr wohl für die Menschen verträglichere Alternativen zur bestehenden Planung“, schreiben die Vorstände der Bürgerinitiativen in einem gemeinsamen Positionspapier.

Dabei nehmen sie Bezug auf das Gutachten zweier Wissenschaftler, die von der Gemeinde Cappeln beauftragt worden waren. Wie berichtet, kamen sie zu dem Schluss, dass die Planungen zum Ausbau des Drehstromnetzes nicht mehr aktuell seien. Die Gutachter schlagen vor: Der

Offshore-Windstrom, der in Cloppenburg und Wilhelmshaven als Gleichstrom ankommt, sollte ohne Konvertierung weiter als Gleichstrom nach Süden übertragen werden. Auch der Onshore-Windstrom aus dem Raum Cloppenburg sollte als Gleichstrom nach Süden übertragen werden. Übertragung über große Längen sowie Erdverkabelung sei bei Gleichstrom weniger aufwändig als bei Drehstrom. Damit könnte auf die Freileitung verzichtet werden.

„Selbst Netzbetreiber und Bundesnetzagentur sehen

die Kapazität des jetzt geplanten Drehstromnetzes bald erschöpft. Schon jetzt gebe es Planungen zum Parallelbau von Gleichstromerdkabeln neben den jetzt vorgesehenen Wechselstromfreileitungen. Warum wird dieser Weg erst in einigen Jahren eingeschlagen?“, heißt es in dem Schreiben. Es würden Milliarden Euro in den schon bald überholten Ausbau des Drehstromnetzes gesteckt. Die Vorstände fordern ein sofortiges Umdenken in der Politik, wie es in dem Gutachtenerläutert werde.